

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Besuch aus Russland

(paf) - Sergej Krylow, der Vize-Aussenminister der russischen Föderation und in dieser Funktion zuständig für die Bereiche Europa und Völkerrecht, besucht am Freitag, 21. Oktober, das Fürstentum Liechtenstein. Nach seiner Ankunft in unserem Land trifft Herr Krylow zu einem Gespräch mit Regierungsrätin Dr. Andrea Willi im Regierungsgebäude zusammen. Anschliessend wird die russische Delegation von S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen. Ein Mittagessen, gegeben von Dr. Andrea Willi, beschliesst das Besuchsprogramm.

Tödlicher Verkehrsunfall zwischen Haag und Buchs

Gestern um 10.30 Uhr ereignete sich auf der Verbindungsstrasse Haag-Buchs ein schwerer Verkehrsunfall, bei welchem ein 68jähriger Mofalenker aus Frümseren getötet wurde. Der Mofalenker wurde beim Überqueren der Strasse von einem aus Haag kommenden Personwagen frontal erfasst. Bei diesem Zusammenprall zog sich der Mofalenker derart schwere Verletzungen zu, dass er noch gestern im Spital verstarb.

Stich kann das Spital heute verlassen

Bern (AP) Bundespräsident Otto Stich wird am Donnerstag mittag um ungefähr 11.30 Uhr das Inselspital verlassen. Wie sein Departementssprecher am Mittwoch mitteilte, wird er die Arbeit voraussichtlich im Laufe der kommenden Woche offiziell wieder aufnehmen, nachdem er ein paar Tage im Kreise seiner Familie verbracht hat. Bundesrat Kaspar Villiger, der den Bundespräsidenten während seines Spitalaufenthalts vertritt, hatte am Mittwoch zum Auftakt des Bundesratsitzung beruhigende Worte zu dessen Gesundheitszustand gesprochen. Nach den Worten von Vizekanzler Casanova hatte der noch rekonvaleszente Stich zusammen mit Villiger die der Sanierung der Bundesfinanzen gewidmete Sitzung vorbereitet. Eine Reihe von Kontakten habe stattgefunden. Stich habe sich rasch erholt und sei bei guter Gesundheit. Der Bundespräsident war am Wochenende zusammengebrochen. Die Störung konnte nun mit der Einsetzung eines Herzschrittmachers behoben werden.

Gegenvorschlag zu den «4 Kleeblatt-Initiativen» in Vaduz

Erstmals Anwendung des «Doppelten Ja» auf Gemeindeebene - Vaduzer Stimmberechtigte entscheiden über Initiativen und Gegenvorschläge

(G.M.) - Erstmals in der Geschichte unseres Landes werden die Vaduzer Stimmberechtigten auf Gemeindeebene von der Möglichkeit des «Doppelten Ja» Gebrauch machen können. Der Gemeinderat hat den Beschluss gefasst, den «4 Kleeblatt-Initiativen» in drei Fällen Gegenvorschläge entgegenzustellen. Die Initiative zu einem 15jährigen Planungs- und Baustopp für Umfahrungsstrassen empfiehlt der Gemeinderat zur Ablehnung.

Unter dem Stichwort «Kleeblatt-Initiativen» reichte die Freie Liste am 1. Juli 1994 in Vaduz insgesamt vier Initiativen ein, die den Bau von zentrumsnahen Radwegen, die Einführung von Tempo 30 in den Quartieren, einen befristeten Versuch für ein verkehrsfreies Städtli sowie einen 15jährigen Planungs- und Baustopp für Umfahrungsstrassen forderten. Der Vaduzer Gemeinderat befasste sich mit diesen Initiativen, die am 18./20. November 1994 zur Abstimmung und damit zur Entscheidung durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gelangen sollen, und beauftragte gleichzeitig das Referat für Sicherheit und Verkehr, Alternativvorschläge auszuarbeiten.

Erstmals «Doppeltes Ja»

Nach der Entscheidung des Gemeinderates, eine der Initiativen zur Ablehnung zu empfehlen und den übrigen drei Vorstössen Gegenvorschläge entgegen-



Die Vaduzer Stimmberechtigten haben im November nicht nur über die «4 Kleeblatt-Initiativen» der Freien Liste, sondern auch über Gegenvorschläge des Gemeinderates, worunter sich auch die Schaffung eines verkehrsfreien Städtli befindet, zu entscheiden. (Archivbild)

zusetzen, wird erstmals in der Gemeinde Vaduz vom Recht des «Doppelten Ja» Gebrauch gemacht.

Ablehnung des Baustopps

Eine der Initiativen der Freien Liste fordert: «Die Gemeinde verfügt einen 15jährigen Planungs- und Baustopp für Umfahrungs- und Entlastungsstrassen in Vaduz». Dieser Initiative will der Vaduzer Gemeinderat keinen Gegenvorschlag entgegensetzen, sondern den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfehlen.

Der Gegenvorschlag des Gemeinderates lautet, wie VU-Fraktionssprecher Franz Wachter auf Anfrage erklärte, dass die Gemeinde den Verkehrsrichtplan und die dazu notwendige Vernehmlassung möglichst bald abschliesse und einer Volksabstimmung vorlege. Der Gemeinderat macht zu dieser Ablehnung geltend, dass Umfahrungsstrassen der Verkehrsentslastung dienen und die geforderte Schaffung einer verkehrsfreien

Zone im Städtli nur im Rahmen eines Verkehrsrichtplanes möglich wäre.

Alternativen zu drei Initiativen

Den übrigen drei Initiativen stellt der Vaduzer Gemeinderat je einen Gegenvorschlag gegenüber. Der Initiative-Forderung nach Durchsetzung von Tempo 30 auf allen Gemeindestrassen (ausser Hauptstrassen) setzt der Gemeinderat die Vorstellung entgegen, dass diese Temporeduktion nur auf Quartierstrassen mit hohem Wohnanteil eingeführt werden soll.

Zur Erstellung von Radwegen fordert eine Initiative, dass das Radweg-Projekt zwischen Lochgasse und Zollstrasse innerhalb eines Jahres realisiert werden muss. Der Gemeinderat schlägt vor, den Radweg-Richtplan 1994 schrittweise zu verwirklichen sowie neben Radwegen und Radstreifen im Bereich Rathaus, Post, Regierungsgebäude und Kirche auch gesicherte Plätze für Fahrräder zu erstellen.

Einen Schritt weiter als die Initiative will der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Verkehrsfreihaltung des Städtli gehen. Die Initiative forderte die Umwandlung dieses Streckenabschnittes in eine verkehrsfreie Zone für einen Versuchszeitraum von zwei Jahren. Der Gemeinderat hingegen will das Städtli ohne Umschweife gleich zur Fussgängerzone machen.

Regierung möchte sich mit zusätzlichen Mitarbeitern entlasten

Regierung unterbreitete Landtag die Pflichtenhefte für drei neu zu schaffende Regierungsstellen und Organigramm mit Stelleneingliederung

(paf) - Die Regierung hat dem Landtag die Pflichtenhefte für drei neu zu schaffende Stellen bei der Regierung und das Organigramm mit der Eingliederung dieser Stellen unterbreitet. Die Schaffung dieser neuen Stellen war von der Regierung mit dem Konzept für eine Regierungsreform beim Landtag beantragt worden. Bei der Behandlung dieses Konzepts in der Septembersitzung war von einzelnen Landtagsabgeordneten bemängelt worden, dass nicht ausreichend klar sei, wo die neuen Stellen eingegliedert werden und welche Aufgaben sie wahrzunehmen hätten.

Während die Ämter und Dienststellen der Landesverwaltung aufgrund der wachsenden Aufgaben personell stark erweitert worden waren, wurden die die Regierung unterstützenden und entlastenden Stabsstellen nur sehr zurückhaltend ausgebaut. Der Regierung stehen heute neben dem Regierungsekretär, der zentralen Stabsstelle der Kollegialregierung, und den beiden Ressortsekretären (persönliche Mitarbeiter des Regierungschefs und des Regierungs-

chefs-Stellvertreter) verschiedene Stabsstellen zur Verfügung. Diesen Stabsstellen sind mit Gesetz und Verordnung konkrete Aufgaben zugewiesen, so dass ihnen keine oder nur bedingt Sachbearbeiter-Aufgaben aus den einzelnen Ressorts übertragen werden können.

Regierung erhofft Entlastung

Mit der Schaffung von drei zusätzlichen Stellen erhofft sich die Regierung von eigentlichen Sachbearbeiter- und Verwaltungsaufgaben entlastet zu werden. Rein rechnerisch steht mit drei zusätzlichen Stellen jedem Regierungsmitglied eine Mitarbeiterstelle zur Verfügung. In der Praxis wird es jedoch so sein, dass auch Regierungschef und Regierungschef-Stellvertreter bestimmte Aufgaben diesen Mitarbeitern übertragen können.

Dies ist in Anbetracht der grösseren Zahl an Ressorts, welche diese beiden vollamtlichen Regierungsmitglieder haben, gerechtfertigt. Die Regierung beabsichtigt, den neuen Mitarbeitern Aufgaben aus verschiedenen Ressorts zuzuord-

nen, wobei jeder Mitarbeiter grundsätzlich nicht mehr als zwei Regierungsmitgliedern unterstellt wird.

Die neuen Mitarbeiter werden nicht direkt den Regierungsmitgliedern zugeordnet, sie unterstehen administrativ dem Regierungsekretär. Im Gegensatz zu den Ressortsekretären handelt es sich somit bei den neuen Mitarbeitern nicht um persönliche Mitarbeiter von Regierungsmitgliedern.

Juristen oder Ökonomen?

Als qualifizierte Mitarbeiter der Regierung kommen vor allem Juristen und Ökonomen in Frage. Die Aufgaben für die neuen Mitarbeiter lassen sich schwerpunktmässig folgendermassen zusammenfassen:

- Beschwerdeverfahren gegen Verfügungen und Entscheidungen der Gemeinden, Amsstellen und Kommissionen;
- Überprüfung der Anträge an die Regierung auf Übereinstimmung mit dem Landesvoranschlag sowie mit Richtlinien und Grundsatzbeschlüssen;

● Bearbeitung von Rechtsbereichen, unter anderem Grundverkehr, Rechts-hilfe, Landesbürgerrecht,

- Mitwirkung in Kommissionen und Arbeitsgruppen;
- Entlastung der Regierung in Ressort-bereichen, die nicht über eine entsprechende Amsstelle verfügen.

Auch der Regierungsekretär und die Ressortsekretäre werden von bisherigen Sachbearbeiteraufgaben entlastet, wodurch sie vermehrt für die Überprüfung von Regierungsanträgen und für Kontrollaufgaben eingesetzt werden können, was wiederum zu einer Entlastung der Regierungsmitglieder beiträgt.

Landtagspostulat beantwortet

Mit der Unterbreitung der Pflichtenhefte der neuen Mitarbeiter und des Regierungsorganigramms hat die Regierung gleichzeitig beantragt, das Landtagspostulat vom 24. Juni 1993 zur Regierungsreform abzuschreiben, da die im Postulat aufgeworfenen Fragen im Bereich zur Regierungsreform umfassend beantwortet worden sind.

Vranitzkys Partei verlor weiteren Sitz

Wien (AP) Die Sozialdemokraten des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky haben einen weiteren Parlamentssitz verloren. Das Mandat ging nach Angaben des Wiener Wahlamtes vom Mittwoch nach Auswertung aller Briefwahlunterlagen an das Liberale Forum, eine Abspaltung von der rechtsorientierten Freiheitlichen Partei von Jörg Haider. Die SPÖ verlor damit bei der Parlamentswahl vor zehn Tagen insgesamt 15 Sitze, fast doppelt so viel wie der konservative Koalitionspartner Österreichische Volkspartei (ÖVP).

Im Nationalrat (Bundesparlament) hatte die SPÖ unter dem populären Kanzler Bruno Kreisky vor 15 Jahren mit 95 der 183 Sitze ihren Höchststand erreicht. Seither ging es mit ihr ständig abwärts. Hauptgewinner der Wahl war Haider, der den Anteil der FPÖ um neun auf 42 Sitze erhöhte.

Briefwahl in allen Kantonen möglich

Bern (AP) Bei den Nationalratswahlen vom kommenden Oktober wird in allen Kantonen die briefliche Stimmabgabe möglich sein. Der Bundesrat hat am Mittwoch die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte in Kraft gesetzt, wie die Bundeskanzlei mitteilte.

Die vom Parlament in der Frühlingssession verabschiedete Teilrevision bringt vor allem technische Änderungen im Wahlprozedere. Listenverbindungen sind neu unbeschränkt zulässig, während Unterlistenverbindungen nur noch zwischen Listen gleicher Bezeichnung erlaubt sind. Unterlistenverbindungen sind also etwa erlaubt, wenn eine Partei eine Männer- und eine Frauenliste oder verschiedene regionale Listen präsentiert. Unter-Unterlistenverbindungen sind überhaupt nicht mehr zulässig. Listen- und Unterlistenverbindungen sind neu unwiderruflich.

Auch am arbeitsfreien 1. August Lohn

Bern (AP) Trotz Opposition der Schweizer Wirtschaftsverbände will der Bundesrat den 1. August definitiv als bezahlten Feiertag ausgestalten. Dies geht aus der am Mittwoch veröffentlichten Botschaft zum Bundesfeiertags-Gesetz hervor.

Am 26. September 1993 hatten die Stimmbürger mit einer Mehrheit von fast 84 Prozent und alle Stände einer Volksinitiative der Schweizer Demokraten (SD) für einen arbeitsfreien Feiertag am 1. August zugestimmt. In einer Übergangsverordnung legte der Bundesrat im vergangenen Mai fest, dass der 1. August nicht nur ein arbeitsfreier, sondern auch ein voll bezahlter Feiertag sein soll. Damit konnten die Arbeitnehmer bereits in diesem Jahr von der neuen Regelung profitieren. Der Entscheid für einen vollbezahlten Feiertag wurde damals von den Wirtschaftsverbänden kritisiert.

DS-140, Design: René Figg

deSede-Handwerk.
Die Liebe zum Detail.

Ursprüngliches, natürliches Leder und ausgewählte Stoffe - verarbeitet nach höchsten Qualitäts-Massstäben. deSede. Spürbare Handwerkskunst made in Switzerland.

deSede

THONY

FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075/232 44 22

▲ **WOHNEN**

huber

Vaduzer
Zentrum
Ulten
Schmidg
Häuser

VADUZ • STAADLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIVSPASSAGE